

Sternsinger lassen sich nicht vereinnahmen

Botschaft der Nächstenliebe und menschenverachtende Politik passen nicht zusammen

Wenn die Sternsingerinnen und Sternsinger rund um den Jahreswechsel den Segen zu den Menschen bringen, dann haben sie eine wichtige Mission. An zahllosen Haustüren verkünden die Kinder und Jugendlichen die frohe Botschaft von Christi Geburt. Mit ihrem Segensspruch „Christus mansionem benedicat“ (C+M+B) hinterlassen sie gut sichtbar die Botschaft der christlichen Nächstenliebe. In der Nachfolge der Heiligen Drei Könige bringen die Sternsinger den Segen und werden zugleich zu einem Segen für benachteiligte Gleichaltrige in aller Welt. Mit den Spenden, die sie sammeln, werden Hilfsprojekte für Kinder in rund 100 Ländern der Erde unterstützt. Die Sternsingerinnen und Sternsinger sorgen mit ihrem Einsatz dafür, dass Wohl und Würde von Kindern in schwierigen Lebenssituationen gewahrt werden, dass sie ernährt, geschützt, ausgebildet und medizinisch versorgt werden – ungeachtet ihrer Herkunft, Nationalität oder Religionszugehörigkeit. Menschlichkeit, Nächstenliebe und Solidarität: Die Aktion Dreikönigssingen verkörpert christliche Werte und steht für die bedingungslose Würde aller Menschen.

Wertschätzung und Anerkennung des Engagements

Seit dem Start 1959 hat sich die vom Kindermissionswerk ‚Die Sternsinger‘ und vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) getragene Aktion zu einer großen, deutschlandweiten Solidaritätsaktion von Kindern für Kinder auf der ganzen Welt entwickelt. Das Engagement der Kinder und Jugendlichen erfährt größte Wertschätzung und Anerkennung. Seit Beginn der 1980er Jahre empfangen Bundespräsidenten und Bundeskanzler jährlich Sternsingergruppen, zahlreiche Ministerpräsidenten, Landräte und Bürgermeister haben sich mit Empfängen regionaler und lokaler Gruppen angeschlossen. Ihnen allen war bislang gemein: Sie bitten um den Segen und sie ehren und würdigen eine Kinder- und Jugendbewegung, die mit ihrem Engagement beispielgebend ist für demokratische und christliche Werte, für Werte, die Menschen nicht nach Herkunft, Religion oder Hautfarbe unterscheiden.

Menschenverachtende Politik passt nicht zu den Botschaften des Sternsingens

Mit großer Sorge beobachten die Träger der Aktion die politischen Veränderungen in Deutschland. Unverhohlen rechtsextreme Aussagen und offen rechtsextemes Verhalten nehmen zu. Dazu haben sich die deutschen Bischöfe in ihrer Erklärung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ vom Februar 2024 klar geäußert: „Rechtsextremistische Gesinnungen und Konzepte zielen fundamental auf Ab- und Ausgrenzung. In diesem radikalisierten Denken wird die gleiche Würde aller Menschen entweder geleugnet oder relativiert und somit zu einem für das politische Handeln irrelevanten Konzept erklärt. Für die Kirche aber ist klar: Jeder Mensch besitzt eine unantastbare und unverfügbare Würde. Sie gründet in der Gottebenbildlichkeit aller Menschen und ist die Basis der Menschenrechte.“ Diese Auffassung teilen die bundesweiten Träger uneingeschränkt.

Dabei erleben wir, dass sich Parteien und deren Jugendorganisationen mit menschenverachtender politischer Grundhaltung und Funktionäre, die offen nationalistisch bis rechtsextrem auftreten, zunehmend Gehör verschaffen und sogar in Parlamente gewählt werden. Darunter sind auch Parteien, die vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft werden und denen Landesverbände angehören, die als „gesichert rechtsextremistisch“ gelten.

Sternsinger lassen sich nicht vereinnahmen

Das Kindermissionswerk ‚Die Sternsinger‘ und der BDKJ machen unmissverständlich deutlich: Eine menschenverachtende Politik und die Botschaften und Werte des Sternsingers passen nicht zusammen. Wer als Amts- oder Mandatsträger rechtsextreme Positionen vertritt oder einer Partei angehört, die für solche Positionen steht, stellt sich in besonderer Weise öffentlich gegen die Botschaft der christlichen Nächstenliebe und gegen die Werte, für die die Sternsingerinnen und Sternsinger stehen. Wer eine solche Grundhaltung vertritt, kann in seiner öffentlichen Funktion nicht von den Sternsängern besucht werden.

Die Träger der Aktion Dreikönigssingen empfehlen deshalb, Einladungen zu Empfängen von Amts- und Mandatsträgern, die Parteien mit einer rechtsextremen Grundhaltung angehören, nicht anzunehmen. Den Verantwortlichen für die Sternsingergruppen in den Pfarrgemeinden stehen die Träger der Aktion beim Umgang mit dieser Empfehlung beratend zur Seite:

info@sternsinger.de, Telefon: 0241 4461-14

28.10.2024